

Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik (BRD 2013 / 2014)

Dr. Detlef Riemer

Zum besseren Verständnis der folgenden Ausführungen empfiehlt es sich, zunächst den Artikel „**Grundlinien für eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Deutschland**“ (*Beitrag 1*) und anschließend "**Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – eine Bilanz (2004/ 2012)**" (*Beitrag 2*) zu lesen.

Die Bildung der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD Ende des Jahres 2013 bot die Chance, die Weichen für mehr Geburten in Deutschland neu zu stellen. Die Chance wurde krass vertan.

Für die Gewährung höchst problematischer Wählergeschenke - wie die vorgezogene Altersrente mit 63 Jahren und einer „Mütterrente“ - wurde darauf verzichtet, alle finanziellen Ressourcen auf die nunmehr unaufschiebbare Demografiewende in der BRD zu konzentrieren. Zwar wurde ein Betreuungsgeld definitiv verabschiedet und die Versorgung mit Kitaplätzen deutlich verbessert und darüber hinaus eine Elternteilzeitarbeit als weiterer Geburtenanreiz konzeptionell ins Visier genommen. Dies sind aber nur weitere Trippelschritte auf dem breit angelegten Trampelpfad staatlicher kind- und elternbezogener Leistungen. Alles Schritte mit guter Absicht! Aber sie führen nie zu einem trittfesten Trottoir, wie die aktuelle Geburtenziffer von 1,41 Kinder pro Frau zeigt.

Ein trittfestes Trottoir für eine Zunahme von Geburten setzt sich aus zwei Teilen zusammen:

1. der im Oktober 2012 vorgelegten Studie „Zukunft mit Kindern“, die die Weiterentwicklung der staatlichen Transferzahlungen zu einer universellen Kindergrundsicherung empfiehlt und
2. der zusätzlichen Forderung nach einem dreijährigen Mutter-Salär.
Hiermit wäre erstmals eine Basis für Frauen geschaffen, unabhängig vom Familienstand und ökonomischen Überlegungen zu einem erwünschten Kind, positiv zu stehen.

Die neuere gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland - verstärkt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts - bot den **Frauen** die Möglichkeit, ihre Verwirklichung (auch ohne Ehemann) und existenzielle Sicherung (durch eigenen Beruf) selbst in die Hand zu nehmen. Davon wird reichlich Gebrauch gemacht. Die Senkung der Heiratsziffer, der Anstieg der Scheidungsziffer, die wachsende Zahl von Alleinerziehenden sind unterschiedliche Varianten dieses Phänomens. Desweiteren gehört die noch immer hohe Anzahl von Schwangerschaftsabbrüchen aufgrund der sozialen Indikation in diese Betrachtung einbezogen¹. Nicht quantitativ fassbar, aber mutmaßlich umfangreich ist die Gruppe von jungen Frauen, die weder an Heirat noch Schwangerschaft zu denken wagen, um ihren errungenen beruflichen und finanziellen Status nicht zu gefährden². Mann und/oder Kind bedeuten für sie neue Abhängigkeit.

Ein dreijähriges Salär gäbe den Frauen die Sicherheit, in dieser Zeit vor finanziellen Verwerfungen geschützt zu sein, sofern der Gesetzgeber verlässlich und dauerhaft diese Zahlungen

¹ So sank die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche - gerechnet auf jeweils 1000 Geburten- von 184 im Jahr 2001 auf 159 im Jahr 2012. Knapp drei Viertel der Frauen, die ihre Schwangerschaft abbrechen, waren zwischen 18 und 34 Jahren alt. Etwa 40 % der Frauen, die sich für eine Abtreibung entschieden, hatten vor dem Eingriff noch kein eigenes Kind. 97 % der Abbrüche wurden nach der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung vorgenommen.

Die Gesamtzahl der Schwangerschaftsunterbrechungen im Jahr 2012 betrug 106 800 (!) (vgl. FAZ vom 7. 3. 2013 S. 7)

² Der Anteil der kinderlosen Frauen ist weiter gestiegen. Jede fünfte Frau, die im Jahr 2013 zwischen 45 und 49 Jahren alt war, blieb ohne Kinder. (vgl. FAZ vom 14. 8. 2014 S. 17)

garantierte. Der Betrag sollte allen Müttern mit bis zu 3jährigen Kindern zustehen. Ein statistischer Durchschnittslohn könnte eine Orientierungshilfe für die Höhe der Zahlung sein. Von dieser wären alle Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten.

Ein Durchschnittslohn übt nicht auf alle Frauen den gleichen Anreiz aus. So ist der Einwand richtig, dass eine junge Akademikerin ihr Studium nicht abgeschlossen hat, um auf das beginnende und erwünschte Berufsleben aufgrund des Kindes zu verzichten; anders sieht es dagegen bei der Vielzahl von Frauen mit vorwiegend repetitiver Tätigkeit aus. Beide Gruppen eint, dass ein **Müttersalär** der einen den zusätzlichen Spielraum für den Einsatz geeigneter Kind-Betreuungspersonen und der anderen die vorübergehende Aufgabe ihrer Erwerbstätigkeit ermöglichen würde³.

Wenn eine Klippe - dringendst - umschifft werden muss, so diese, dass junge Frauen aus finanziellen Überlegungen auf eigene Nachkommen verzichten.

Die bisherigen Ausführungen lassen folgende Hypothese zu: Es ist möglich die **Geburtenziffer in Deutschland** deutlich zu **erhöhen**, wenn den Frauen im gebärfähigen Alter (15 – 45 Jahren) verlässlich und dauerhaft eine universelle Kindergrundsicherung und für die Mutter selbst für die ersten 3 Lebensjahre ihres Kindes das Mutter-Salär zugesagt werden kann. Die Skepsis aller im Bundestag vertretenen Parteien, dass die Ausführungen vielleicht plausibel klingen, aber nicht überprüfbar sind, läßt sich unter Einsatz der empirischen Sozialforschung leicht beseitigen. Es ist eine Befragung mit standardisierten mündlichen Interviews bei 2000 repräsentativ für das Bundesgebiet ausgewählten Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren durchzuführen. Im Fragebogen würden zunächst die Lebensumstände, Einstellungen zum Berufs- und Familienleben sowie die Anzahl der eigenen und noch geplanten Kinder erhoben. Im zweiten (zeitlich späteren) Teil des Interviews würde den Befragten die geplante finanzielle Sicherung ihrer Person für 3 Jahre je Kind und die universelle Kindergrundsicherung für ihre Sprösslinge als „Paket“ vorgelegt. Die daraufhin zu stellende Frage hätte zu messen, ob und inwieweit das neu vorgelegte Modell den Wunsch nach einem oder noch weiteren Kindern - über die ursprünglich genannte Anzahl hinaus - initiiert.

Da der Leser dem Rat des Autors gefolgt ist, die anfangs empfohlenen Artikel zu lesen, ist es müßig auf seine bereits im Jahr 2004 (!) skizzierten Gedanken hinzuweisen: *Die hohen Kosten, die der Lebensunterhalt eines Kindes verursacht, müssen ... zukünftig von der Gesellschaft insgesamt getragen werden sowie der neue Beruf " Mutter mit dem damals schon vorgeschlagenen 3 jährigen Salär". (siehe Beitrag 1)*

*Bereits im Jahr 2004 wurde die wichtigsten Entwicklungslinien im Bereich **Wirtschaftspolitik** richtig prognostiziert! Zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland wurde ausgeführt: dass das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts mit einer Durchschnittszahl von weniger als einem Prozent pro Jahr abschließen wird (Beitrag 1) und auch in der zweiten Dekade dieses Jahrhunderts das **BIP** durchschnittlich pro Jahr in der Spannweite zwischen + 1 % und 0 lag und liegen wird. (Beitrag 2).*

Die Werte der Jahre 2013 und 2014 stellen die ermittelte Trendspanne nicht in Zweifel. Erschwerend kommt hinzu, dass (hoffentlich) die permanente **Neuverschuldung** eingestellt werden wird, die eine wesentliche Stütze zur Erzielung von Zuwächsen beim BIP in Deutschland war. Die Einsicht, dass die ständige Neuverschuldung in der BRD zum gravierenden Problem wird, hat sich endlich durchgesetzt.

³ Die Entscheidung der jungen Mütter mit Kindern unter 3 Jahren war im Jahr 2011 ziemlich eindeutig: 69 % waren in dieser Zeit nicht erwerbstätig, 22 % in Teilzeit und lediglich 10 % in Vollzeit! Bei älteren Kindern steigt das Interesse am Erwerbsleben wieder deutlich an: Mütter mit 3 -5 jährigen sind zu 61 %, mit 6-9 jährigen zu 68 % und mit 10 jährigen oder älteren Kindern zu 72 % erwerbstätig! (vgl. FAZ vom 13. 8. 2013 S. 13)

Es ist daher unbedingt erforderlich – völlig unabhängig von den Auflagen aus dem Maas-trichter Vertrag (3 % pro Jahr bzw. 60 % des BIP für die Gesamtverschuldung) – , die Net-tokreditaufnahme auf Null zurückzuführen. Somit verbieten sich auch Investitionspro-gramme auf Schuldenbasis. (Beitrag 1)

Diese Erkenntnis ist 10 Jahre zu spät bei den an der Regierung beteiligten Parteien ange-kommen: keine Neuverschuldung mehr! Die schwarze Null gilt als die neue Zielmarke, aller-dings erst für das Jahr 2015. An dieser Orientierung festzuhalten, ist uneingeschränkt rich-tig, wenn auch schon Forderungen im Raum stehen, für notwendige Investitionen kleinere Schuldbeträge zu akzeptieren. Der Schuldenberg ist mit ca. 2 Billionen Euro immer noch gi-gantisch hoch; ihn abzutragen nahezu unmöglich. Für die zukünftigen Generationen ein Mühlenstein am Hals! Die einzig reale Chance, dieser prekären Situation Herr zu werden, besteht im völligen Verzicht auf jede weitere Neuverschuldung und in der Hoffnung auf eine sehr moderate Steigerung der Inflationsrate. Dadurch bleibt der Schuldenberg zwar absolut unverändert, aber relativ - gemessen am BIP - sinkt der Verschuldungsprozentsatz.

Schon vor Beginn der **Bankenkrise** war der Schuldenturm hoch. Die durch die Stützung der deutschen Banken notwendigen finanziellen Maßnahmen katapultierten die Staatsverschul-dung weiter nach oben. (siehe Beitrag 1 Nachtrag). Dies geschah nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen europäischen Staaten. Mit den zusätzlichen Schulden wuchs die Zinslast, und einigen europäischen Staaten - nicht Deutschland - drohte ein Staatsbank-rott! In dieser fatalen Situation sagte am 26.7.2012 der EZB- Präsident Mario Draghi in London: Die EZB werde alles Notwendige tun, um den Euro zu erhalten. In den folgenden Monaten stellte sich heraus, was er damit meinte: a) Liquiditätshilfen für Banken und Staa-ten und b) ständige Herabsetzung des Leitzinssatzes der EZB bis auf 0,05 %.

Die hochverschuldeten Staaten bekamen dadurch wieder „Luft unter die Flügel“, d. h. die Zinslast wurde für die einzelnen Staaten teils unter Einsatz finanzieller Kreditprogramme - auch Rettungsschirme genannt – EFSM, IWF, EFSF, ESM und teils durch direkte Ankäufe von Staatsanleihen durch die EZB wieder tragbar. Selbst Deutschland profitierte von der Absenkung des Zinssatzes kräftig. Die Zinslast für die Schulden Deutschlands sank im Jahr 2014 auf ca. 25 Mrd. Euro bei unverändert hohem Schuldenstand.

„Der deutsche Staat hat durch den Zinsverfall seit Beginn der Finanzkrise rund 120 Mrd. Euro eingespart“ (FAZ vom 11. 8. 2014, S. 17). Dies erleichterte es dem deutschen Fi-nanzminister wesentlich, die schwarze Null zu propagieren.

Besonders in den letzten zwei Jahren hat diese Umverteilung der finanziellen Lasten zu Un-gunsten der Bürger stattgefunden. Der deutsche Staat saniert sich mit Hilfe der immer nied-rigeren Zinssätze; der Bürger büßt aufgrund fehlender Zinserträge dagegen mit stagnieren-dem Geldvermögen. Eine weitere Neuerung kommt erschwerend hinzu: die EZB steuert mit allen verfügbaren Mitteln eine Inflationsrate von 2% pro Jahr an.

Die eigentliche Aufgabe der EZB – Preisstabilität zu gewährleisten – wird damit in Frage gestellt. Eine Inflationsrate ist in der Regel mit einer deutlichen Geldvermehrung verbunden. EZB-Präsident Mario Draghi hat sich jüngst mit seiner Vorstellung durchgesetzt, dass die EZB ihre Bilanz drastisch - um rund eine Billion im Jahr 2015 (!) - auf drei Billionen insge-samt ausweiten soll. (siehe FAZ vom 7. November 2014, S.17). An der Geldvermehrung der EZB ist der deutsche Staat haftungsmäßig mit 27 % beteiligt; d.h. bei 3 Billionen mit ca. 810 Mrd. Euro. Hinzu zu zählen sind die konkreten Haftungszusagen für die einzelnen Ret-tungsschirme (ca. 478 Mrd. Euro). So ergäbe sich im Haftungsfall eine Gesamtbelastung von etwa 1,3 Billionen Euro.

Mit viel und vor allem billigem Geld soll besonders den hochverschuldeten europäischen Staaten künftig geholfen werden, wieder ein namhaftes **Wachstum des BIP** zu erzielen. Eine Einlösung des Versprechens, bei guter Konjunkturlage die Geldmenge zu reduzieren und den Zinssatz zu erhöhen, darf als sehr, sehr unwahrscheinlich bezeichnet werden, da bereits eine der beiden Maßnahmen einen weiteren Aufschwung des Wirtschaftsprozesses behindern würde.

Wenn es überhaupt eine Rechtfertigung für dieses Vorgehen der EZB gibt, so liegt es in der Tatsache, dass sowohl in Japan als auch in Amerika eine ähnliche Vorgehensweise hinsichtlich der Geldvermehrung und Zinssatzabsenkung seit längerem zur Ankurbelung der Wirtschaftsleistung praktiziert wird. Was aus dieser **globalen Verschuldungskonstellation** erwachsen kann, ist ein wechselseitiges Misstrauen gegenüber der Validität der anderen Währung und längerfristig eine Minderung deren Akzeptanz.

Bei einem – allerdings ebenfalls eher unwahrscheinlichen – Konsens der drei führenden Industrienationen, ihre hohe Verschuldung definitiv abbauen zu wollen, könnte ein vom IWF geäußelter Vorschlag zum Zuge kommen: es ist die Idee einer Vermögensabgabe in Höhe von 10 %, die alle Besitzer von Ersparnissen, Wertpapieren und Immobilien betreffen würde. Eine 10 % Abgabe könnte die Schuldenstände wieder auf ein Niveau von vor Beginn der Finanzkrise bringen. In Deutschland würde eine einmalige Besteuerung aller privaten Vermögen oberhalb von 250 000 Euro etwa 230 Mrd. Euro in die Staatskasse spülen (vgl. FAZ vom 4. November 2013). Fast unnötig zu sagen, dass auch ein solches Vorgehen negative Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Wachstumsprozess hätte.

Die durch Menschen weiterhin zu verrichtende Arbeit muss auf alle Personen, die Arbeit nachfragen, gleichmäßiger verteilt werden, d. h. in Zukunft werden die Arbeitsquanten je Woche kleiner zu dimensionieren sein (Beitrag 1). In Bezug auf diese Umgestaltung des Arbeitsmarktes ist Sinnvolles durch die Regierungsparteien in den letzten Jahren erfolgt. Der Grundgedanke, dass man die Arbeitsquanten unterschiedlich aufteilen kann und daraus **neue Arbeitszeitmodelle entwickeln** kann, wird immer weniger in Frage gestellt.

Die Umsetzung hat zu einer gegenwärtig guten Arbeitsmarktsituation beigetragen. Allerdings ist auch hier ein großer Applaus nicht angebracht. So hat im Vergleich zum Jahr 1991 die Zahl der Vollerwerbstätigen von knapp 35 Mio. auf lediglich 35,631 Mio. im Jahr 2013 zugenommen. Die Zahl der atypisch Beschäftigten – darunter werden Zeitarbeiter, befristet Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte verstanden – nahm dagegen von 4,5 Mio. (1991) auf 7,638 Mio. (2013) zu. Die Teilzeitbeschäftigten, die größte Untergruppe unter den atypisch Beschäftigten, hat sich von 1991 (2,5 Mio.) auf 5 Mio. (2013) verdoppelt. Besonders für diese aber auch für die geringfügig Beschäftigten besteht die Gefahr, dass der aus diesem Arbeitsverhältnis resultierende Lohn für die Existenzsicherung des Arbeitnehmers nicht ausreicht.

Ein Indiz dafür ist, dass diese beiden Beschäftigungsarten nicht überschneidungsfrei sind. Allerdings: Jedes Quantum an adäquat bezahlter Arbeit ist für einen Arbeitsuchenden in jedem Fall besser als Arbeitslosigkeit. So ist die Einführung eines Mindestlohns durch die große Koalition richtig, selbst wenn dieser zu einer – nicht genau bestimmbar – Minderung der Zahl von Arbeitsstellen führt.

Die **Entlohnung** eines unzulänglich bezahlten Arbeitnehmers durch den Steuerzahler über Sozialleistungen zu ergänzen, kann auf Dauer nicht sinnvoll sein. Insofern unterscheidet sich Kurzarbeit von unzulänglich bezahlter Arbeit deutlich. Bei Kurzarbeit ist nur eine vorübergehende konjunkturelle Schwächeperiode des Unternehmens zu überwinden, und so dient das Kurzarbeitergeld letztlich der Sicherung der Arbeitsplätze.

Nachsatz: Eigentlich schade, dass bisher die „80 % Arbeitszeit-Idee“ noch keinen Widerhall gefunden hat (Beitrag 1). Vier Fünftel ursprünglicher Vollerwerbstätigkeit sollten vom Lohn her betrachtet ausreichend sein, um davon leben zu können, was bei 30 - 50 % Teilzeitarbeit oder geringfügiger Beschäftigung eher nicht unterstellt werden kann.

Die Annahme, Deutschland würde gegenwärtig alle gesetzten europäischen Regeln befolgen und könnte sich so mit Fug und Recht als Zuchtmeister gerieren, ist leider nicht richtig. Nach wie vor missachtet unsere Regierung den definitiven Hinweis aus Brüssel, auf eine nahezu ausgeglichene Handels-/Leistungsbilanz zu achten. In den Massenmedien und wohl auch in der öffentlichen Meinung ist der deutliche Stolz in der BRD zu spüren, wenn die **Handelsbilanzüberschüsse** wiederum deutlich gewachsen sind.

Die Kritik der durch die hohen deutschen Ausfuhrquoten getroffenen europäischen Länder ist jedoch gerechtfertigt. Auch in Deutschland würde ein Proteststurm losbrechen, wenn beispielsweise China oder Japan oder eine andere Industrienation permanent hohe Exporte in Deutschland absetzt, ohne vergleichbare Mengen an Waren aus Deutschland aufzunehmen. Handelsungleichgewichte sind leider ein nicht zu unterschätzender Ausgangspunkt für Disharmonien im europäischen Verbund! Auf die aus den Handelsbilanzüberschüssen speziell für Deutschland resultierenden Gefahren wurde im Beitrag 2 bereits aufmerksam gemacht.

Die wichtigste Aufgabe der deutschen Politik ist, für ein Wachstum der eigenen Bevölkerung zu sorgen! Die Zuwanderung, die wir notwendig brauchen, um den Schwund der Bevölkerung wenigstens etwas aufzuhalten und damit auch deflationären Tendenzen zu begegnen, ist aus deutscher Sicht als ambivalent einzustufen. *Auf die mögliche Veränderung ökonomischer Konstellationen und die Gefahr einer Rückwanderung der Immigranten in ihre ursprünglichen Heimatländer, wurde bereits im Beitrag 1 hingewiesen.* Hinzugekommen ist ein weiterer Aspekt: Nicht nur durch vermehrt auftretende Konfliktsituationen in der Welt (Stichwort Asylsuchende), sondern auch wegen verminderter Zuwanderung speziell aus europäischen Ländern (da auch deren Geburtenziffer niedrig ist) rekrutiert sich die Zuwanderung zunehmend aus Menschen fernerliegender Kulturkreise und unvertrauter Religionen. Mit diesem Ungewissheitspotential ist als weitere Gefahr verbunden, dass Konfliktsituationen zwischen rivalisierenden Gruppierungen aus den Ursprungsländern nach Deutschland „importiert“ werden könnten. Dies umso mehr, da gegenwärtig der Zielsaldo von 200 000 Zuwanderern pro Jahr deutlich überschritten wird.

Bereits in der Vergangenheit haben vorübergehend anschwellende Gastarbeiterzahlen in der deutschen Bevölkerung - unbegründete - Angstvorstellungen ausgelöst. Empathie und Toleranz gegenüber Zuwanderern sind deutlich leichter zu praktizieren, wenn man als Bürger von einer wieder wachsenden eigenen Bevölkerung und einem gesicherten sozio-ökonomischen Status im Heimatland ausgehen kann.

Ein Paradigmenwechsel ist unumgänglich: die deutsche Bevölkerung muss um jeden Preis wachsen und nicht so sehr das Bruttoinlandsprodukt, die Handelsbilanz, die Zuwanderung und erst recht nicht die Verschuldung.

Januar 2015

Dr. Detlef Riemer

Für wertvolle Informationen, Anregungen und Diskussionen danke ich besonders
Dr. phil. Walter Schoger, Dipl.-Päd. Univ. Rüdiger Grass und
Frau Dipl.-Sozialpäd. (FH) Tanja Waas